

Ältere Bürger bald ohne Wahlrecht? Linke und Grüne wollen „Kukident-Kartell“ zerschlagen

30. Juni 2019

1



Linksgrüne Fieberfantasien: Ältere Bürger sollen von der Wahlurne verbannt werden

<https://www.anonymousnews.ru/2019/06/30/linke-und-gruene-wollen-senioren-wahlrecht-entziehen/>

Sollen ältere Bürger bald nicht mehr wählen dürfen, um die linksgrünen Visionen und Karriereträume schneller Wirklichkeit werden zu lassen? Seit Jahren wird dieses absurde Thema immer wieder diskutiert, so auch jüngst nach den Europawahlen. Dies zeugt von einem bemerkenswerten Demokratieverständnis.

von [Michael Brückner](#)

Die Mainstream-Medien schwärmen bereits von ganz neuen Zeiten. Dass nach den nächsten Bundestagswahlen die Grünen das Kanzleramt erobern könnten, ist für ihre Gesinnungsfreunde in den Redaktionsstuben mehr als nur eine kühne Utopie. »Die Operation Kanzleramt ist längst im Gange, auch wenn das in der Partei niemand offen sagt«, freuen sich zum Beispiel die Spiegel-Redakteure. Sollte daraus am Ende nichts werden, sind die Schuldigen schon ausgemacht: Es sind die vielen deutschen Wähler der 60plus-Generation, die immer noch Probleme damit haben, ihr Kreuzchen am Wahltag bei der Ökopartei zu machen. Diese Menschen, so heißt es in linksgrünen Kreisen bisweilen gehässig, bildeten ein »Kukident-Kartell«.

Senioren als Sündenböcke

Argumentiert wird, die Generation 60plus mache gut 36 Prozent der Wahlberechtigten aus, die unter 30-Jährigen kämen hingegen auf nur knapp 15 Prozent. Und selbst ein 71-jähriger Grantler wie der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann dürfte es wohl kaum schaffen, in seiner Altersgruppe dauerhaft als grüner »Influencer« zu reüssieren. Gebe es die über 60-jährigen Wähler nicht, hätten die Grünen eine satte Mehrheit im Bundestag, und die AfD wäre – wenn überhaupt – mit deutlich weniger Abgeordneten im Reichstag vertreten, heißt es oft. Die Senioren als Sündenböcke. Jene Menschen also, die in den vergangenen 40–50 Jahren trotz aller Widrigkeiten mit Fleiß und Arbeitsfreude einen Wohlstand aufgebaut haben, der nicht nur angebliche Flüchtlinge aus aller Welt anzieht, sondern mit der »Generation Z« junge Männer und Frauen heranwachsen lässt, die in Bewerbungsgesprächen als Erstes gern mal nach einem Teilzeitjob fragen. Und die doppelt so häufig krankgeschrieben werden wie ältere Kollegen.

Senioren – so spukt es durch rotgrüne Gehirne – würden dank ihrer zahlenmäßig dominierenden Stellung wichtige Zukunftsentscheidungen blockieren. Und das auf Kosten der jüngeren Generation. Unglaublich, aber wahr, was da die junge taz-Journalistin Johanna Roth unlängst in einem sogenannten Meinungsartikel von sich gab. Sie wandte sich direkt an die »Lieben Mitwählenden über 60« und warf ihnen folgende Sätze an den Kopf: »Leider habt ihr uns ... nicht nur eine prekäre Arbeitswelt hinterlassen und ein Europa mit kollektiver Identitätskrise und Nationalismusproblemen, sondern auch den Planeten zugemüllt mit Kohlekraftwerken und Plastiktüten. Und ihr wollt über unsere Zukunft bestimmen?«

Durchgeknallte Redakteurin

Die Dame plädiert für eine »Epistokratie der Jugend«, also eine »Herrschaft der Wissenden«. Der Weg dorthin: Das Wahlalter herabsetzen und nach oben begrenzen. Unter Umständen könnten die Senioren ihr Wahlrecht aber behalten, wenn – so die Konzession der durchgeknallten Journalistin – sie es delegierten. Vielleicht an den grün-alternativen Enkel aus der Z-Generation?

Nun könnte man diesen Vorschlag als einen nicht ganz ernst zu nehmenden Versuch einer jungen Journalistin interpretieren, sich bekannt und interessant zu machen. Wer auffallen will, muss in der Mediengesellschaft eben provozieren. Doch tatsächlich handelt es sich um keinen Einzelfall. Schon vor einigen Jahren wartete der österreichische Politologe Peter Hajek mit dem Vorschlag auf, das Wahlrecht von alten Menschen nach 10 Jahren Pension aufzuheben. Ansonsten drohe dem Staat eine »Rentnerdiktatur«. Noch krasser mutet da der Unsinn an, den die österreichische Journalistin und Frauenrechtlerin Sibylle Hamann jüngst verbreitete. Europa habe ein politisch-demographisches Problem. Denn wer kümmere sich um die Zukunftsfragen, wenn die Alten sich immer durchsetzen? Der abenteuerliche Befund der vermutlich vom Ergebnis der Europawahl zutiefst frustrierten Autorin: Die Alten wählten »aus Liebe«. Zum Beispiel aus Liebe zur FPÖ, deren ehemaligem Vizekanzler Heinz-Christian Strache sie sogar das Ibiza-Video großzügig verziehen. Nur die über 60-jährigen Wähler stünden in Deutschland noch grün-roten Mehrheiten im Weg – und damit auch dem nächsten grünen Kanzler oder der Kanzlerin.

Geschmackloser geht's nicht mehr: »Generation Rollator«

Wir erinnern uns: Schon nach dem Brexit-Votum verbreiteten vor allem auch deutsche Mainstream-Medien, »die Alten« hätten mehrheitlich für den Austritt ihres Landes aus der EU votiert, während die Jungen überwiegend absolut überzeugte Europäer seien. Die Geschmacklosigkeiten kannten in diesem Zusammenhang keine Grenzen mehr: Ältere Wähler wurden als Angehörige der »Generation Rollator« beschimpft – und die Forderungen nach einer neuen Brexit-Abstimmung damit begründet, dass viele der seinerzeitigen Brexit-Befürworter mittlerweile gestorben seien.

Der Demografieforscher Harald Wilkoszewski, derzeit für das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) tätig, stellte nach der Brexit-Abstimmung fest, wenn es hart auf hart komme, könnten die Alten die Jungen an den Wahlurnen in den meisten europäischen Ländern ausbooten. Ältere Wähler seien vor allem dann gegen politische Maßnahmen, wenn sie Geld kosteten. So sinke mit steigendem Lebensalter etwa die Zustimmung zu einer Kindergelderhöhung. Wenn das stimmt, dann wären die als »Kukident-Kartell« verhöhnten älteren Wähler nicht sonderlich erfolgreich gewesen mit ihrem Wahlverhalten. Denn laut »Statista« stieg das jährlich gezahlte Kindergeld in Deutschland von 29,2 Milliarden Euro in 2007 auf rund 36 Milliarden im Jahr 2017.

Ende der Märchenstunde

Einmal abgesehen davon, welch bezeichnendes Schlaglicht solch abstruse Forderungen auf die ansonsten bei jeder passenden Gelegenheit von linksgrüner Seite geforderte »Diversity« werfen, stimmen noch nicht einmal die Prämissen. Denn Parteienpräferenzen werden nicht vorrangig vom Alter geprägt. »Wie wir wählen, hat nur noch sehr wenig mit dem Alter zu tun«, stellt Achim Goerres, Professor für Empirische Politikwissenschaft, fest. Schließlich gebe es keine Homogenität der Altersgruppen. Die Leute unterschieden sich vielmehr durch verschiedene Merkmale und Erfahrungshorizonte, wie zum Beispiel Einkommen und Bildung.

»Nur weil ich mit anderen Menschen im gleichen Alter bin, gehen diese Unterschiede nicht einfach weg, auch nicht im höheren Alter«, unterstreicht der Wissenschaftler. Überdies gebe es keine politischen Themen, die nur für Ältere relevant seien. Selbst das Thema Rente sei kein reines Senioren-Thema. Die Rente habe übergreifend für alle Altersgruppen eine große Bedeutung.

Die Behauptungen im Zusammenhang mit der Brexit-Abstimmung müssen im Übrigen ebenfalls differenziert bewertet werden. Zwar haben in der Tat ältere Wähler eher für den Brexit votiert als jüngere. Dafür war die Wahlbeteiligung der Jungen niedriger als bei den älteren Bürgern, was zumindest die Vermutung nahelegt, dass die jüngeren Wähler ebenfalls nicht gerade mit Leib und Seele für den Verbleib in der EU waren.